

„Krippenausbau gefährdet“

Kommunen teilen die Zuversicht von Ministerin Köhler nicht

löv. BERLIN, 21. Juli. Die Kommunen sehen das Ziel gefährdet, Eltern von Kleinkindern von 2013 an einen Rechtsanspruch auf einen qualifizierten Betreuungsplatz zu gewährleisten. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Articus, sagte am Mittwoch: „Dieses Ziel ist nicht hinreichend finanziert. Bund und Länder geben bisher keine Antwort darauf, woher das noch fehlende Geld kommen soll.“ Articus verwies auf Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes, wonach der Rechtsanspruch möglicherweise 510 000 statt der bisher angenommenen 290 000 zusätzlichen Plätze erforderlich mache.

Bundesfamilienministerin Schröder (CDU), die am Mittwoch im Bundeskabinett einen Zwischenbericht zum Krippenausbau gegeben hat, sieht die Fortschritte dabei im Zeitplan. Sie rechnet weiterhin damit, dass es ausreiche, für durchschnittlich jedes dritte Kleinkind bis zu drei Jahren einen Platz zur Verfügung zu stellen.

Dabei geht sie davon aus, dass auch künftig höchstens fünf Prozent der Kinder unter einem Jahr in eine Betreuung gegeben werden – auch wegen des Elterngeldes. Bei Kindern zwischen einem und

zwei Jahren rechnet sie mit einer Betreuungsquote von einem Drittel, bei Kindern zwischen Zwei und Drei dann mit zwei Dritteln. Die vom Städtetag angeführten Zahlen seien „an den Haaren herbeigezogen“. Frau Schröder appellierte an Länder und Kommunen, ihre Verpflichtungen einzuhalten. Steigende Gebühren für Eltern müssten in Kauf genommen werden. „Wir können nicht beides haben, den Ausbau und die Kostenfreiheit.“ Die Gebühren würden von den Kommunen aber am Einkommen der Eltern ausgerichtet.

Die FDP-Familienpolitikerin Gruß forderte ein besonderes Augenmerk des Staates auf die Kleinkinder. Sie sagte: „Frühkindliche Bildung und gute Betreuung gibt es nicht zum Nulltarif. Es gilt nun in allen Haushalten auf allen Ebenen ein besonderes Augenmerk auf die frühe Phase der Kinder zu legen und hier zu klotzen statt zu kleckern. Von Bundeseite leisten wir hier unseren Beitrag.“ Die FDP-Politikerin forderte zugleich, mehr auf die Qualität der Betreuung zu achten. „Keine Mutter und kein Vater möchte seine Kinder nur irgendwie verwahrt wissen: Eltern wollen, dass es ihren Sprösslingen gut geht.“